

Frau Erika Meyer zu Drewer:

Was gedenken Rat und Verwaltung gegen die geplante Gesetzesinitiative der Landesregierung zur Stärkung der Kommunen zu unternehmen, dass die Stadt Meckenheim aufgrund ihres ausgeglichenen Haushalts als finanzstarke Kommune gesehen wird und somit zur Unterstützung von finanzschwachen Kommunen in Anspruch genommen werden soll? Für alle Ehrenamtlichen, die die Stadt Meckenheim unterstützen, ist diese geplante Regelung ein Schlag ins Gesicht, da durch den ehrenamtlichen Einsatz, Gelder der Meckenheimer Kommunalverwaltung eingespart werden sollten. Die Fraktionen im Rat werden um eine Stellungnahme gebeten.

Antwort der SPD-Fraktion – Vorsitzende Dr. Brigitte Kuchta:

Das geplante Gesetz ist noch nicht beschlossen. Bisher mussten finanzstarke Kommunen ebenfalls für finanzschwache Kommunen einen Beitrag leisten. Die Stadt Meckenheim erhält demnach keine Schlüsselzuweisungen, während an die Nachbarkommune Rheinbach Schlüsselzuweisungen geleistet und ihr auch erhöhte Mittel nach dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellt werden. Es ist verfrüht über Maßnahmen zu sprechen, bevor feststeht, dass Meckenheim betroffen ist.

Antwort der CDU-Fraktion – Vorsitzender Kurt Wachsmuth:

Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist ein schwieriges Thema. Das geplante Gesetz der Landesregierung wird zu Lasten der Kommunen gehen, die verantwortungsvoll ihre Haushaltsmittel planen und bewirtschaften. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen diesen Gesetzesentwurf aus und wird entsprechend reagieren, sobald die Inhalte feststehen.

Antwort der BfM-Fraktion – Vorsitzender Johannes Steger:

Eine Reaktion nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes ist zu spät. Vielmehr sollte jetzt aktuell eine Äußerung gegenüber der Landesregierung erfolgen. Innerhalb der Fraktionen sollte die Möglichkeit einer gemeinsamen Erklärung/Resolution mit eventuell einer Einbeziehung anderer Kommunen diskutiert werden.

Antwort der FDP-Fraktion – Vorsitzender Joachim Russ:

Die FDP hat nach Erscheinen der Zeitungsberichte sich an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Herrn Dr. Papke gewandt. Dieser teilte die Meinung, dass ein solcher Gesetzesentwurf nicht befürwortet wird. Die konkrete Gesetzesinitiative müsste allerdings erst einmal abgewartet werden. Es ist aber durchaus für ein Kommunalparlament sinnvoll, sich mit einer Resolution die Landesregierung zu wenden.

Antwort der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Stellv. Vorsitzender Hendrik Alscher:

Die Gesetzesinitiative sollte zunächst einmal abgewartet werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für das Solidaritätsprinzip aus.

Antwort der UWG-Fraktion – Vorsitzender Josef Dunkelberg:

Die UWG ist im Landtag nicht vertreten und setzt auf die dort vertretenen Parteien in der Hoffnung, dass sich diese zum Wohle der Stadt Meckenheim im Vorfeld bei der Gesetzesinitiative einsetzen werden wie auch die Bürgermeister.

Antwort der Verwaltung:

Bei der Einbringung des letzten Haushaltes wurde bereits durch den Bürgermeister auf die politischen Unwägbarkeiten hingewiesen, dass bei Gesetzesänderungen der Landesregierung sich diese auf die Kommunen auswirken können. Aufgrund der Gemeinschaft der Kommunen ist es jedoch schwierig gegen andere Kommunen zu arbeiten und diese gegeneinander

auszuspielen. Dies wird von den Bürgermeistern nicht praktiziert. Eine Resolution des Rates mit den dort vertretenden Fraktionen bzw. der Parteien an die Landesregierung ist eine Möglichkeit.